



Basisinformationen: Die EU in der Welt/Migration

Das Forum „**Die EU in der Welt/Migration**“ befasst sich mit der Rolle der EU in der Welt, einschließlich der Ziele und Strategien für die Sicherheit der EU, Verteidigung, Handelspolitik, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, Außenpolitik sowie Nachbarschaftspolitik und Erweiterung der EU. Ferner dient es der Erörterung der Frage, wie die EU mit dem Thema Migration umgehen sollte.

In diesem Dokument erhalten Sie Hintergrundinformationen zu den verschiedenen Themen, die das Forum behandelt. Es wird vor allem dargelegt, was die EU in diesen Bereichen bereits unternimmt und welchen Anliegen und Wünschen für die Zukunft die Nutzerinnen und Nutzer der mehrsprachigen digitalen Plattform (<https://futureu.europa.eu>) eine besondere Bedeutung beimessen. Schließlich enthält das Dokument auch Links mit weiteren Informationen zu zahlreichen Themen.

Ihre Aufgabe

Im Rahmen dieses Forums möchten wir Sie bitten, eine Reihe von Empfehlungen zu erörtern und auszuarbeiten, an denen die Organe der Union sich orientieren können, um die Zukunft Europas in den Bereichen „Die EU in der Welt“ und „Migration“ zu gestalten. In den Empfehlungen kann beispielsweise vorgegeben werden, welche allgemeine Ausrichtung befolgt werden oder wie ein bestimmtes Problem behoben werden sollte.

In drei Sitzungen werden Sie direkt mit anderen Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Europa beraten und zusammenarbeiten und schließlich die Empfehlungen gemeinsam ausarbeiten. In der dritten und letzten Sitzung werden Sie gemeinsam über die Empfehlungen abstimmen, die in der Plenarversammlung der Konferenz vorgestellt und mit den anderen Teilnehmenden erörtert werden.

Die EU in der Welt: Festigung einer verantwortungsvollen globalen Führungsrolle

Die Corona-Pandemie zeigt uns deutlich, dass wir globale Herausforderungen nur durch internationale Zusammenarbeit bewältigen können. Gemeinsam können wir die Kernthemen wie Frieden und Sicherheit, Klimawandel, nachhaltige Entwicklung oder die weltweite Erholung angehen.

Was tut die EU dafür?

Die EU steht für Multilateralismus und für eine auf Regeln beruhende Weltordnung. Ziel ist eine koordinierte Außenpolitik – vom Handel über internationale Partnerschaften bis hin zu Außen- und Sicherheitspolitik. Nur so können wir geschlossen auftreten und Europa weltweit mehr Gewicht verleihen. Wir arbeiten außerdem eng mit unseren Nachbarländern zusammen, entwickeln eine umfassende Strategie für unsere Beziehungen zu Afrika und bieten den Ländern des westlichen Balkans eine EU-Perspektive. Verantwortungsvolles Handeln auf globaler Ebene bedeutet auch, in Partnerschaften und Bündnisse mit Drittländern sowie multilateralen und regionalen Organisationen zu investieren – insbesondere, wenn wir die gleichen Werte teilen oder gemeinsame globale Ziele verfolgen wie eine geschlossene Reaktion auf die Corona-Pandemie und die Klimakrise.

Was ist bisher aus der Debatte auf der mehrsprachigen digitalen Plattform hervorgegangen?

Die Ideen zum Thema „Die EU in der Welt“ beziehen sich auf eine Vielzahl außenpolitischer Aspekte, die vom Handel über den Einsatz von Soft Power bis hin zur Verteidigung reichen. Insgesamt wird in den Beiträgen eine stärkere Präsenz der EU auf der internationalen politischen Bühne gefordert – in ihrer Nachbarschaftspolitik wie auch in ihren Beziehungen etwa zu afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern. Beitragende bringen zum Ausdruck, dass die EU bei der Ausübung von Soft Power wie Hard Power entschlossener vorgehen sollte. Seit der Einrichtung der Plattform wurden zu diesem Thema insgesamt 1 756 Beiträge eingestellt: 541 Ideen, 1 083 Kommentare und 119 Veranstaltungen. Die verschiedenen Ideen lassen sich in folgende Aspekte untergliedern:

- **Allgemeine Ziele der EU-Außenpolitik**
- **Handelspolitik**
- **Verteidigung**
- **Entscheidungsfindung**
- **Erweiterung**
- **Nachbarschaftspolitik und internationale Beziehungen**

Allgemeine Ziele der EU-Außenpolitik

Es wird die Auffassung vertreten, dass sich die Rolle der EU angesichts der zunehmenden Besorgnis über den Klimanotstand, der Verschiebung der wirtschaftlichen und geopolitischen Kräfteverhältnisse, der großen Herausforderungen für den Multilateralismus und des weltweiten Kampfes gegen COVID-19 verändert (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#), siehe Beispiel einer [Idee](#)). Mehrere Beitragende bringen daher zum Ausdruck, dass die EU bei der Ausübung von Soft Power wie Hard Power entschlossener vorgehen sollte (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Idee](#)).

Hinsichtlich der EU-Außenpolitik geht es in vielen Ideen um die Rolle, die die EU mit Blick auf Menschenrechte und demokratische Werte weltweit einnehmen sollte. Gefordert werden eine härtere Haltung und Maßnahmen gegenüber Ländern, die wiederholt gegen internationale Menschenrechtskonventionen und/oder -verträge verstoßen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). So wird die EU etwa angehalten, eine führende Rolle im Friedensprozess zwischen Israel und Palästina zu übernehmen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Damit verbunden ist die Forderung nach einem gemeinsamen europäischen Waffenausfuhrsystem mit strengen Regeln, um sicherzustellen, dass in der EU hergestellte Waffen keine Konflikte in der Welt anheizen und nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen (siehe [Idee](#)).

Handelspolitik

In einer Gruppe von Beiträgen zu dem Thema „Die EU in der Welt“ wird dazu aufgerufen, die Handelspolitik zu verbessern und Handelsabkommen in Einklang mit den Werten der EU zu bringen, etwa mit Blick auf Menschenrechte oder Umweltstandards (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In einer vielfach unterstützten Idee wird eine Reform der Handels- und Investitionspolitik der EU und eine Neubelebung des globalen Multilateralismus gefordert, in deren Mittelpunkt die Schaffung ordentlicher Arbeitsplätze und der Schutz von Grund- und Menschenrechten, darunter Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten, stehen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Verteidigung

Mit Blick auf die Stärkung der Hard Power der EU – die ebenfalls als äußerst wichtig angesehen wird (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)) – wird für die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee plädiert (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Ferner wird in Beiträgen die Schaffung von stärker spezialisierten Einsatzkräften oder Einrichtungen auf EU-Ebene vorgeschlagen, etwa einer Europäischen Militärakademie (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Entscheidungsfindung

Es wird die Auffassung vertreten, dass die EU auf der internationalen politischen Bühne unbedingt geschlossen und geeint auftreten müsse, um ihre Rolle zu erhalten und auszubauen. In mehreren Beiträgen wird die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außenpolitik erörtert. Eine der am häufigsten unterstützten Ideen zu diesem Thema bezieht sich auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, um die Sicherheit der Menschen in Europa zu gewährleisten und zugleich Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Umweltschutz in Nachbarländern und weltweit zu fördern (siehe [Idee](#)).

In einem zweiten Unteraspekt geht es um die Forderung nach einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Zur Wahrung der Glaubwürdigkeit sei es notwendig, das Wettstreiten zwischen Mitgliedstaaten auf dem internationalen Parkett zu beenden. Daher wird vorgeschlagen, die Botschaften der EU-Mitgliedstaaten jeweils durch eine einzige EU-Botschaft zu ersetzen, die alle EU-Mitgliedstaaten vertritt und vereint. Dies könnte auch eine gemeinsame EU-Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie etwa der NATO umfassen (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Eine weitere Idee ist die Schaffung eines gemeinsamen EU-Reisepasses für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In einigen Beiträgen zu dem Aspekt Entscheidungsfindung wird gefordert, die Einstimmigkeitsregel zu überdenken. In einer Reihe von Ideen wird die Auffassung vertreten, dass der Status quo, der die Einstimmigkeit vorsieht, es einzelnen Mitgliedstaaten ermögliche, eine gemeinsame Außenpolitik zu blockieren (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Veranstaltung](#)). Dies wird als problematisch erachtet, da es die EU daran hindere, eine glaubwürdige, zuverlässige und starke Stimme in der Welt zu haben, wie bereits unter dem vorstehenden Aspekt dargelegt. Der Idee zufolge sollte die EU daher zu einem Abstimmungssystem auf Grundlage absoluter Mehrheiten übergehen. Eine der am häufigsten befürworteten Ideen zu diesem Aspekt enthält eine ausführliche Beschreibung eines Abstimmungssystems, das eine

absolute Mehrheit der Mitgliedstaaten vorsieht, die von einer einfachen Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments unterstützt wird; so soll die EU in die Lage versetzt werden, als Exekutive zu handeln und eine eigenständige und glaubwürdige Außenpolitik zu betreiben (siehe [Idee](#)). Ähnlich wie bei den Debatten zum Thema „Demokratie in Europa“ wird auch die qualifizierte Mehrheit als Alternative zur derzeitigen Einstimmigkeitsregel vorgeschlagen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In einem letzten Unteraspekt geht es um die Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments. Es wird die Ansicht vertreten, dass das Europäische Parlament das Konzept der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zwar von Anfang an unterstützt und sich um eine Ausweitung seines Anwendungsbereichs bemüht habe, jedoch bei der Gestaltung der EU-Außenpolitik nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle spiele. Daher halten es Beitragende für entscheidend, dem Europäischen Parlament mehr außenpolitische Befugnisse zuzuweisen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Erweiterung

In einer Gruppe von Beiträgen wird die Notwendigkeit der Erweiterung und der Integration östlicher Nachbarländer als Mittel zum Schutz der Demokratie in diesen Ländern (siehe Beispiel einer [Idee](#)), aber auch zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Stabilität innerhalb der EU diskutiert (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Diese Überlegungen kommen auch in einer der am häufigsten unterstützten Ideen zu diesem Thema zum Ausdruck, in der eine Fortsetzung der Erweiterung der EU unter Integration der Länder des westlichen Balkans gefordert wird, um Frieden und Stabilität in der Region zu gewährleisten (siehe [Idee](#)). In diesem Zusammenhang wird auch die vollständige Anerkennung des Kosovo gefordert (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Nachbarschaftspolitik und internationale Beziehungen

Ein Unteraspekt befasst sich mit der diplomatischen Vertretung der EU; generell wird hierzu gefordert, dass die EU-Institutionen ihre Interessen in der Welt sichtbar vertreten und verteidigen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In den meisten Ideen wird eine geschlossenerere und stärker integrierte EU gefordert, um die Rolle der EU als eine globale Verteidigerin von Recht und Gerechtigkeit zu stärken, die offen für die Interaktion mit verschiedenen multilateralen Institutionen auf globaler wie auf regionaler Ebene ist (siehe Beispiel einer [Idee](#) und [Idee](#)). In anderen Ideen wird hingegen dafür plädiert, dass sich die EU gemäß ihrer ursprünglichen Konzeption auf ihre Rolle als Wirtschaftsakteurin konzentriert. In diesem Zusammenhang wird die Ansicht vertreten, dass die EU nicht die Rolle eines geopolitischen Akteurs übernehmen sollte, sondern sich auf ihre primäre Aufgabe der Schaffung eines gemeinsamen Marktes besinnen solle. Einige Teilnehmende sind der Ansicht, dass die EU keine politische Rolle als globaler Akteur einnehmen könne, da sie kein souveräner Staat ist (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

In Beiträgen zu diesem Aspekt wird insbesondere auf die politischen Beziehungen der EU zu Russland und China eingegangen (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). Beitragende halten es für notwendig, den außenpolitischen Ansatz der EU grundlegend zu überdenken und seine Überarbeitung voranzutreiben; im Einklang mit den Beiträgen zu vorstehend genannten Aspekten solle ein entschlossenerer Ansatz verfolgt werden. Auf der Plattform wird diskutiert, ob die EU gegenüber China angesichts der hochgradig divergierenden Wertesysteme nicht nur in ihren diplomatischen Beziehungen eine geschlossenerere und härtere Haltung einnehmen sollte, sondern auch eine Strategie der Europäischen Union für Auslandsinvestitionen erarbeiten sollte, um dem globalen Einfluss Chinas, insbesondere in Entwicklungsländern, etwas entgegenzusetzen (siehe [Idee](#)).

Was die Beziehungen der EU zu Ländern in Afrika und Lateinamerika betrifft, so wird in Beiträgen die Auffassung vertreten, dass die Partnerschaft ausgebaut und die Handelsbeziehungen überarbeitet werden sollten (siehe Beispiel einer [Veranstaltung](#)). Die

meisten Beitragenden fordern eine engere Partnerschaft zwischen der EU und der Afrikanischen Union, um den regionalen Multilateralismus zu stärken (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Andere sprechen sich für intensivere bilaterale Partnerschaften zwischen einzelnen Mitgliedstaaten und afrikanischen Ländern aus, um die Migration und andere Sicherheitsbedrohungen für die Europäische Union anzugehen. Dies könne jedoch nur funktionieren, wenn die Beziehungen nicht länger von der Erhaltung des wirtschaftlichen und politischen Erbes ehemaliger Kolonialsysteme geprägt seien (siehe [Idee](#)). Das Gleiche gelte für die Beziehungen zu Lateinamerika (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Weitere Informationen sind hier zu finden:

- [Ein stärkeres Europa in der Welt](#)
- [Anti-Corona-Maßnahmen der EU](#)
- [Außenbeziehungen der EU](#)
- [Wie hilft die EU? Katastrophenschutz der EU](#)
- [Europa in der Welt: Die Bedeutung des freien und fairen Handels](#)
- [Eine offene, nachhaltige und entschlossene Handelspolitik der EU](#)
- [Europäischer Auswärtiger Dienst](#)
- [Dienst für außenpolitische Instrumente](#)

Migration: Steuerung der Migration durch ein berechenbares, ausgewogenes und zuverlässiges System

Die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich Migration erfordert ein modernes Migrations- und Asylsystem der Europäischen Union, ein Grenzmanagement, die Zusammenarbeit mit Partnerländern und die Bekämpfung von Schleuserkriminalität. Dies bedeutet auch, diejenigen zu schützen, die vor Gewalt fliehen, und Neuankömmlinge in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Was tut die EU dafür?

Damit die EU gemeinsame Lösungen bieten kann, ist ein ausgewogener und inklusiver Ansatz für die Migration notwendig.

Die Kommission hat im Rahmen ihres „neuen Migrations- und Asylpakets“ eine Reihe von Legislativvorschlägen als Teil eines umfassenden Ansatzes zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich Migration vorgelegt. Mit dem Paket soll die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern verbessert und wirksame Verfahren, sichere legale Wege und die erfolgreiche Integration von Migranten, die ein Recht auf Aufenthalt in der EU haben, sowie die Rückführung derjenigen, die dieses Recht nicht haben, sichergestellt werden. Der Schwerpunkt der EU liegt auch auf der Stärkung der Außengrenzen, der Verbesserung des Grenzmanagements, unter anderem durch die Einführung neuer Informationssysteme, und der Bekämpfung der Schleuserkriminalität.

Was ist bisher aus der Debatte auf der mehrsprachigen digitalen Plattform hervorgegangen?

Seit dem Start der Plattform wurden zum Thema Migration insgesamt 1 157 Beiträge eingestellt, und zwar 306 Ideen, 827 Kommentare und 24 Veranstaltungen. Die Beiträge zu diesem Thema lassen drei allgemeine Trends erkennen. Auf der einen Seite werden in einer Reihe von Interaktionen mehr Maßnahmen zur Steuerung und Reduzierung der Migration gewünscht, während auf der anderen Seite mehr Solidarität und bessere Integrationsverfahren gefordert werden. Eine Gruppe von Teilnehmenden vertritt eine

Zwischenposition und will die internationale Mobilität fördern, jedoch nur zwischen wirtschaftlich entwickelten Demokratien. Dementsprechend werden folgende Aspekte analysiert:

- **Ungeregelte Migration aus Drittländern als Bedrohung**
- **Humanistische Haltung zur Migration**
- **Reguläre Migration**
- **Bekämpfung der Ursachen von Migration**
- **Grenzkontrolle**
- **Integration**
- **Vereinfachung und Unterstützung des Erwerbs der Unionsbürgerschaft**

Ungeregelte Migration aus Drittländern als Bedrohung

Die Beitragenden nehmen in ihren Ideen und Beiträgen zum Thema Migration kein Blatt vor den Mund. Ein beobachteter Aspekt betrifft das Gefühl, dass die Migration aus Drittländern eine Bedrohung der Zivilisation, Identität, Werte und Kultur der EU darstellt (siehe Beispiel einer [Idee](#)). In den Beiträgen werden Standpunkte und Ansichten darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Migration aus Drittländern zum Terrorismus und zur Schaffung von Ghettos und Gefahrenzonen in der EU beiträgt (siehe [Idee](#)). Diese Beitragenden fordern Maßnahmen zur Beschränkung der Migration aus Drittländern, eine strengere Repatriierungspolitik und Strategien, um die Mobilität der Migranten zu erschweren, wie strengere Grenzkontrollen (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Humanistische Haltung zur Migration

Beitragende, die gegenteiliger Ansicht sind, fordern Lösungen zur Bekämpfung der illegalen Migration und eine EU-Einwanderungspolitik mit einfacheren und besser zugänglichen Asylverfahren in den Herkunftsländern, legale und sichere Migrationsrouten und ein hartes Vorgehen gegen Menschenhandel, um Todesfälle von Flüchtlingen vor den EU-Grenzen zu verhindern (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Schließlich wünschen sich einige Beitragende einen rechtlichen Rahmen, um die Ausweisung integrierter Personen und Familien in unsichere Herkunftsländer zu stoppen (siehe [Idee](#)).

Reguläre Migration

In Bezug auf die reguläre Migration fordern die Befürworter einer strengeren Migrationspolitik eine gemeinsame EU-Politik der selektiven Migration mit Quoten und strengeren Verfahren für Auswahl und Aufnahme (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Mitunter wird ein europäisches punktebasiertes Immigrationssystem als erforderlich erachtet, um die Migrationsströme effizienter zu regulieren (siehe [Idee](#)).

Beitragende, die der Migration offen gegenüberstehen, fordern in ähnlicher Weise einen einheitlichen und effizienteren Ansatz, der jedoch stärker mit den Menschenrechten und den (sozialen) europäischen Werten im Einklang steht. So wird insbesondere ein einheitliches und effizientes EU-Asylverfahren erörtert (siehe [Idee](#)), wobei auch auf die Notwendigkeit einer Reform des Dubliner Übereinkommens hingewiesen wird, um eine ungleiche Verteilung von Asylbewerbern und Migranten zu vermeiden (siehe Beispiel einer [Idee](#)). Ferner unterstützen die Bürgerinnen und Bürger eine EU-Politik für die Arbeitsmigration oder EU-Rekrutierungsstrategien für Studierende und qualifizierte Arbeitskräfte aus Ländern der Dritten Welt. In diesem Zusammenhang wird in einem Beitrag hervorgehoben, dass die Kompetenzen der EU im Bereich der Migration ausgeweitet werden müssen, damit sie die

Migrationssteuerung im Einklang mit den Grundsätzen und Werten der Union sicherstellen kann (siehe [Idee](#)).

Eine Gruppe von Teilnehmenden spricht sich dafür aus, eine selektive Art der Einwanderung zu fördern. Diese Teilnehmenden sehen die Migration in der Regel positiv, da sie wirtschaftliche Vorteile schafft. Sie schlagen vor, sich gezielt auf bestimmte Länder zu konzentrieren, um ihre Talente anzuziehen (siehe [Idee](#)), oder die Mobilitätskriterien zwischen wirtschaftlich fortgeschrittenen Demokratien sowohl im Westen als auch in Asien zu lockern, insbesondere im Rahmen von Freihandelsabkommen (siehe [Idee](#)).

In einigen Beiträgen werden ferner Ungleichheiten angesprochen, die das derzeitige Asylbewerungsverfahren beeinträchtigen. Beispielsweise wird die Tatsache hervorgehoben, dass der Anteil männlicher Asylbewerber wesentlich höher ist als der der Asylbewerberinnen oder Familien (siehe [Idee](#)). In anderen Beiträgen wird von Schwierigkeiten berichtet, mit denen asylsuchende LGBTI-Personen konfrontiert sind, und für diese Bevölkerungsgruppe wird ein besserer Schutz und eine bessere Unterstützung durch Übersetzungs- bzw. Dolmetschdienste gefordert (siehe [Idee](#)).

Bekämpfung der Ursachen von Migration

Mit Blick auf die Zukunft Europas betonen die Beitragenden, dass die Ursachen der Migration angegangen werden müssen, um die derzeitigen Probleme der EU im Bereich der Migration zu bewältigen.

Die diesbezüglichen Vorschläge reichen von der Aufnahme gleichberechtigter Handelsbeziehungen über Investitionen in mehr Entwicklungshilfepläne und in die akademische Ausbildung bis hin zur beruflichen Entwicklung der Menschen in Ländern der Dritten Welt (siehe [Idee](#)).

In bestimmten Beiträgen wird die EU zur Verantwortung gezogen, und zwar auf der Grundlage, dass sie zur regionalen Destabilisierung beigetragen habe, beispielsweise durch eine militärische Beteiligung Europas oder durch subventionierte Agrarausfuhren in Entwicklungsländer, die zu einer Destabilisierung führen (siehe [Idee](#)).

Grenzkontrolle

Im Rahmen des Aspekts Grenzkontrolle sind erneut die beiden gegensätzlichen Standpunkte zur Migration vertreten.

Im Allgemeinen werden besser organisierte und koordinierte Bemühungen in Bezug auf die Grenzkontrolle unterstützt, wobei umfassendere Grenzkontrollen, einschließlich der Befugnis zu Push-back-Aktionen (siehe Beispiel einer [Idee](#)), eine stärkere Unterstützung von Frontex mit einer besseren Definition ihrer Aufgaben (siehe [Idee](#)) und ein rechtsverbindlicher Ansatz für Such- und Rettungsbemühungen im Mittelmeerraum (siehe [Idee](#)) gefordert werden.

In anderen Beiträgen wird mehr Solidarität und die Achtung der Menschenrechte gefordert. Zu den dabei erörterten Ideen zählen beispielsweise ein auf Solidarität basierendes, zentralisiertes Verteilungssystem der EU, Finanzmittel zur Verbesserung der Aufnahmeinfrastrukturen an den Grenzen (Unterkünfte und Nahrungsmittel) oder eine supranationale Agentur, die die europäischen Flüchtlingslager verwaltet, von verschiedenen Ländern gemeinsam geleitet und mit EU-Mitteln finanziert wird (siehe Beispiel einer [Idee](#)).

Integration

Im Rahmen des Themas Migration werden ferner Ideen zur Integration geäußert, wobei eine überwachte Nachverfolgung für Migranten gefordert wird, um ihre vollständige Integration in die EU-Mitgliedstaaten sicherzustellen. In einer Idee wird der Anerkennung und weiteren Aktivierung der Migranten und Mitglieder von Aufnahmegemeinschaften als Transformatoren

ein großes Potenzial zugeschrieben (siehe [Idee](#)). Bildung wird als Schlüssel zur Integration angesehen, wobei die Sprache und die europäischen Werte eine zentrale Rolle spielen. In diesem Zusammenhang sind die Beitragenden der Ansicht, dass mit ausreichend Finanzmitteln ausgestattete Programme erforderlich sind, um die Inklusion von Migrantenkindern im Schulalter in das öffentliche Bildungssystem zu unterstützen (siehe [Idee](#)). Die Beitragenden sind der Auffassung, dass eine geografische Verteilung der Migranten von entscheidender Bedeutung ist, um die Integration zu erreichen (siehe Beispiel einer [Idee](#)) und die Bildung von Ghettos zu vermeiden (siehe [Idee](#)). Es werden Informationskampagnen und -programme gefordert, um die Bürgerinnen und Bürger der EU für die Bekämpfung des Rassismus zu sensibilisieren und zu einer wirklich inklusiven Gesellschaft überzugehen. Was die Meinungen zu Rassismus und Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt angeht, so wird eine gleiche und faire Behandlung von Drittstaatsangehörigen, die sich rechtmäßig in der Union aufhalten, gefordert (siehe [Idee](#)).

Vereinfachung und Unterstützung des Erwerbs der Unionsbürgerschaft

Einige der Teilnehmenden bedauern, dass Personen mit ständigem Wohnsitz in der EU Rechte verwehrt werden. Sie weisen darauf hin, dass die Union den Personen, deren ständiger Wohnsitz seit langem in der EU liegt, weder ein Wahlrecht noch andere Vorteile gewährt, die es für sie attraktiver machen könnten, die Unionsbürgerschaft zu beantragen (siehe [Idee](#)).

Einige Beitragende erachten dieses Thema in Bezug auf die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs, die vor dem Brexit in der EU gelebt haben, als besonders dringlich. In einer Idee, die zu kontroversen Diskussionen geführt hat, wird die Einführung eines Schnellverfahrens vorgeschlagen, damit britische Bürgerinnen und Bürger, die vor dem Brexit in der EU gelebt haben, EU-weite Rechte erhalten können (siehe [Idee](#)).

Weitere Informationen sind hier zu finden:

- [Neues Migrations- und Asyl-Paket](#)
- [Migration](#)
- [Asyl und Migration: Zahlen und Fakten](#)
- [Asyl und Migration: Migrationspolitik der EU](#)
- [Stärkung der Außengrenzen](#)
- [IT-Systeme zur Unterstützung der Asyl- und Migrationspolitik](#)

Weitere Informationen über alle Politikbereiche und Maßnahmen der EU:

- [Website des Europäischen Parlaments](#)
- [Website des Rates der EU](#)
- [Website der Europäischen Kommission](#)

Dieses Dokument wurde vom Gemeinsamen Sekretariat der Konferenz zur Zukunft Europas erstellt.

Besuchen Sie die digitale Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas (www.futureu.europa.eu), um mehr Informationen zu erhalten und die Beiträge anderer Bürgerinnen und Bürger zu lesen, die bereits ihre Ideen und Gedanken veröffentlicht haben. **Für weitere Informationen über die bislang eingereichten**

Ideen konsultieren Sie bitte auch den ersten Zwischenbericht über die Plattform.